

Deutsche Gesellschaft für
Ur- und Frühgeschichte e.V.

DGUF

DGUF-Büro
Hofgut Eich
63589 Linsengericht
Tel.: 06051- 60 80 60
Fax: 06051 - 60 95 36
buero@dguf.de

DGUF-Vorstand und
wissenschaftlicher Beirat der DGUF

An:

die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien:

Christlich Demokratische Union / CDU

Sozialdemokratische Partei Deutschlands / SPD

Freie Demokratische Partei / FDP

DIE LINKE.

Bündnis 90/Die Grünen

Christlich Soziale Union / CSU

WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009 an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

Die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte hatte den im Bundestag vertretenen Parteien jeweils mit Schreiben vom 6. August 2009 einen Fragenkatalog zu Themen der Archäologie, der Denkmalpflege, des Kulturgutschutzes und des Kulturlandschaftsschutzes zukommen lassen. Wir freuen uns sehr, dass sich die Parteien in unsere größtenteils detaillierten Fragen vertieft und uns sehr ausführlich und mit nachweisbar hohem Sachverstand geantwortet haben.

Der Fragenkatalog beinhaltet 8 Fragenkomplexe zu verschiedenen, für die im Bereich des Bundes relevanten Themen. Einen Schwerpunkt bildet der Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Um die Hintergründe und Ziele unserer Fragen genauer zu umreißen,

hatten wir dazu jeweils den Sachstand näher erläutert. Gesondert möchten wir auf die am Schluss genannten Dokumente aus dem Deutschen Bundestag hinweisen, die über Initiativen und Positionen bei Gesetzesinitiativen und ggf. anderen Initiativen im Bereich Denkmal- und Kulturlandschaftsschutz näheren Aufschluss geben.

Die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte (DGUF) dankt den Parteien für Ihre Mühen bei der Beantwortung und hofft, dass alle an Fragen der Archäologie, der Denkmalpflege und des Kulturlandschaftsschutzes Interessierten darin weitere Orientierung für ihre Wahlentscheidung finden.

Hier finden Sie die Antworten der Parteien zum Themenbereich III. Bildungspolitik.

III. Bildungspolitik

Bologna-Prozess

DGUF: Im Rahmen des Bologna-Prozesses sind auch an deutschen Universitäten Bachelor-Studiengänge eingeführt worden, die unter Fachkollegen als nicht ausreichend berufsqualifizierend gelten, weil ein Arbeitsmarkt für BA-AbsolventInnen in der Archäologie praktisch

nicht vorhanden ist. Der Dachverband der Archäologischen Studierendenvertretungen (DASV) beispielsweise fordert deswegen den freien Zugang zum Masterstudium für alle BA-AbsolventInnen ohne Quotierung.

III.1 Wie stehen Sie zur Forderung des DASV nach freiem Zugang zum Master-Studium?

				
<p>Bildungs- und Hochschulpolitik bleiben vorwiegend Ländersache, wie es im Grundgesetz geregelt ist. Gleichzeitig wachsen die länderübergreifende Verantwortung und die Notwendigkeit, in zentralen Handlungsfeldern nationale Ziele und abgestimmte Maßnahmen von Bund und Ländern zu verabreden.</p> <p>Mit dem Hochschulpakt werden 275 000 neue Studienplätze geschaffen. CDU und</p>	<p>Die SPD fordert die Durchlässigkeit vom Bachelor zum Master. Sie muss für jeden gesichert sein, der dies wünscht. Um dies zu ermöglichen will die SPD auch den BAföG-Bezug bis zum Master ermöglichen und dafür die Altersgrenze anheben. Die Kapazitäten der Master-Studiengänge müssen entsprechend ausgebaut werden.</p>	<p>Es fällt in den Aufgabenbereich der Hochschulen, den Zugang zum Masterstudium zu regeln. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass der Bachelor-Abschluss, im Unterschied zum ehemaligen Vordiplom, als berufsbefähigender Abschluss gilt. Ein allein auf der Grundlage eines erfolgreich abgeschlossenen BA-Abschlusses ableitendes Recht zur Aufnahme eines Master-Studiums wäre als systemfremd zu kenn-</p>	<p>Wir unterstützen diese Forderung. DIE LINKE will einen freien Zugang zum Masterstudium für alle Bachelorabsolventinnen und -absolventen und den Master als Regelabschluss etablieren.</p>	<p>Wir lehnen starre Übergangsquoten oder hohe Extragebühren vom Bachelor zum Master ab. Jede Absolventin und jeder Absolvent eines Bachelor-Studiengangs soll die Möglichkeit haben, einen Masterstudiengang zu studieren.</p>

CSU wollen ihn bis 2019 verlässlich fortsetzen. Gleichzeitig wollen wir die die Reform der Studienstrukturen nach dem "Bologna-Prozess" unvoreingenommen überprüfen.		zeichnen.		
--	--	-----------	--	--

Wollen Sie diese Forderung unterstützen?

CDU / CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
(siehe Antwort vorstehend)	(siehe Antwort vorstehend)	(siehe Antwort vorstehend)	Ja, DIE LINKE will Zugangshürden wie Noten und Quoten abschaffen.	Ja.

Ziele der Studienreform (Bologna)

DGUF: *Zu den Zielen des Bologna-Prozesses gehört auch die Förderung internationalen Austauschs. In der Praxis hakt oft jedoch schon die Mobilität zwischen deutschen Universitäten an bürokratischen*

Hürden. Teilweise ist es leichter, ein Semester im Ausland zu verbringen, als innerhalb Deutschlands die Universität zu wechseln.

III.2 Welchen Beitrag kann und sollte aus Ihrer Sicht die Bundesebene leisten, um die Mobilität der Studierenden national und international zu fördern?

CDU / CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
Unser Bildungssystem ist ein starker Teil des europäischen Bildungsraums. CDU und CSU	Wir wollen möglichst vielen jungen Leuten die Chance geben, im Rahmen ihres Stu-	Laut DAAD machen rund 23 Prozent der deutschen Studenten in ihrem Erst-Studium	DIE LINKE fordert ein verbessertes Auslands-BAföG, damit die Mobilität der Studieren-	Mobilitätserfahrungen – also ein Studienortwechsel zur richtigen Zeit oder ein Aus-

<p>wollen Lernerfolge in Deutschland und international besser vergleichbar machen. Damit stärken wir unsere Bildungsabschlüsse, erhöhen die Durchlässigkeit und erleichtern die Mobilität. CDU und CSU haben das BAföG massiv erhöht und dabei die BAföG-Auslandsförderung deutlich verbessert sowie die Begabtenförderung ausgebaut.</p>	<p>diums wertvolle Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Daher haben wir die Mittelausstattung der Stipendienrichtungen gestärkt und die direkte Förderung des internationalen Austauschs erhöht. Sowohl 2006 als auch 2007 konnte die SPD-Bundestagsfraktion in den Haushaltsberatungen eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung um rund 10 Millionen Euro erreichen. Mit der BAföG-Reform 2008 haben wir die Förderung der Studierendenmobilität verbessert: So ist seither auch ein komplett im EU-Ausland absolviertes Studium grundsätzlich nach BAföG förderfähig. Mit dem Bologna-Prozess ist die bisher umfassendste Studienreform mit mittlerweile 46 Teilnehmerstaaten angestoßen worden. Mit der vereinbarten Umstellung auf BA/MA-Studiengänge soll bis</p>	<p>Auslandserfahrungen. Dies verdeutlicht, dass die Studierenden – im Vergleich zu vorherigen Studentengenerationen, aber auch zu Ländern wie den USA, Frankreich oder Großbritannien – durchaus mobil sind. Grundsätzlich sollte diese Neigung unterstützt und durch zusätzliche Maßnahmen, wie z. B. eine verbesserte Anrechnung der im Ausland erworbenen Studienleistung, gefördert werden.</p>	<p>den nicht mehr vom eigenen Geldbeutel abhängt. Zudem muss die Bundesebene mit den Ländern die Anerkennung von Studienleistungen von anderen Hochschulen im In- und Ausland verbessern. Mit einem bundesweiten Gesetz über Hochschulzugang und -abschlüsse muss die Bundesregierung den Hochschulwechsel und den Übergang vom Bachelor zum Master erleichtern.</p>	<p>landsstudium – sind in einer globalisierten Welt sinnvoll. Wir stellen aber fest, dass die Mobilitätswünsche von Studierenden durch Verschulung des Studiums und durch Arbeitsüberlastung blockiert werden. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine "Bologna-Reform-Konferenz" ein, an der eben auch die Studierenden beteiligt werden sollen. Wir wollen so die Studienbedingungen verbessern. So sollte etwa die Gesamthöchstdauer von Bachelorstudiengängen flexibler gehandhabt werden.</p>
---	---	---	--	---

	<p>2010 ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen werden, der mehr Mobilität verspricht. In Deutschland wird die Reform aber zunehmend auch kritisch gesehen und stand auch im Mittelpunkt des Bildungstreikes 2009. Eine Abkehr von Bologna ist weder möglich noch sinnvoll, allerdings ist eine auf Studierbarkeit ausgerichtete Überarbeitung der bisherigen Umsetzung unverzichtbar. Dazu gehört auch die Überprüfung der im Zuge der Studienstrukturreformen bereits entwickelten Curricula, um insbesondere dem Studium in den Bachelor-Studiengängen mehr Tiefe und Breite zu geben und ausreichend Raum für Praxisphasen und Auslandsaufenthalte zu lassen.</p>			
--	---	--	--	--

Förderung von Studierenden

DGUF: *Mit der Bildungsreform an deutschen Universitäten sollte auch der Ineffektivität der Ausbildung entgegengewirkt werden. Der Bildungsbericht 2008 des Bundestages belegt aber auch ein „unzureichend ausgebildetes Förder- und Stipendiensystem“; von allen Studierenden erhalten nur 2% Stipendien und 38 % eine Bafög-Vollförde-*

rung (S. 126). Im Jahr 2006 – also vor Abschluss des Bologna-Reformprozesses – waren 60 % auf studienbegleitende Erwerbstätigkeit angewiesen, für die aber nach Einführung der neuen Studiengänge kaum Zeit verbleibt.

III.3 Wie wollen sie der Entwicklung entgegenwirken, dass immer mehr die soziale Herkunft über die Möglichkeit, ein Studium aufzunehmen, entscheidet?

CDU / CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
<p>Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Seit 2005 hat Deutschland bei Bildung und Ausbildung einen Sprung nach vorne gemacht. Eine deutlich bessere Ausbildungsförderung zeigt: Aufstieg durch Bildung ist einfacher geworden.</p> <p>CDU und CSU haben die Bafög-Bedarfssätze um 10 Prozent und die Einkommensfreibeträge um 8 Prozent angehoben. Mit dem Studienkredit der KfW Bankengruppe wurde eine zusätzliche Finanzierungshilfe geschaffen, die unabhängig von Einkommenshöhe, Bonität,</p>	<p>Das Bafög ist für die SPD das zentrale Instrument für mehr Chancengleichheit in der Bildung. Deshalb hat die SPD seit 1998 zweimal das Bafög deutlich novelliert und die Förderung jedes Mal ausgeweitet und die Leistungen erhöht. Damit konnte der Raubbau am Bafög vor 1998 durch Kohl/Rüttgers gestoppt und die Entwicklung umgedreht werden. Heute ist das Bafög wieder mehr denn je in der Lage, sein Aufgabe zu erfüllen: mehr Chancengleichheit für alle zu sichern, Wir stehen für ein modernes und leistungsfähiges Bafög.</p>	<p>Das größte Hemmnis bei der Förderung von potenziellen Studierenden aus sog. „sozial schwachen“ oder „bildungsfernen“ Milieus ist die Angst vor den Konsequenzen eines Studienabbruchs. Nicht zuletzt deswegen gilt es, die Abbrecherquoten durch eine verbesserte Betreuung im Rahmen der Hochschullehre, durch eine professionellere Studienberatung sowie die entsprechenden Finanzierungsangebote zu senken. Darüber hinaus werden wir dafür Sorge tragen, dass das Angebot an Studiendarlehen und Stipendien ausgebaut</p>	<p>Alle Studiengebühren müssen abgeschafft werden. DIE LINKE will die Hochschulen für Menschen ohne Abitur öffnen und das Bafög ausweiten und erhöhen. Zudem will die LINKE Gemeinschaftschulen einführen und das Bafög für Schülerinnen und Schüler verbessern, sodass mehr Jugendliche Abitur machen können.</p>	<p>Das bisherige Bafög ist in vielfacher Hinsicht unzureichend und ungerecht. Um mehr junge Menschen aus einkommensarmen Elternhäusern für ein Studium zu gewinnen, wollen wir die staatliche Studienfinanzierung stärken und zu einem Zwei-Säulen-Modell ausbauen. Dabei kombinieren wir einen einheitlichen Sockelbetrag, der allen Studierenden elternunabhängig zugute kommt, mit einem Zuschuss für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern als starke soziale Komponente. Beide Säulen</p>

<p>Kreditsicherheiten oder Studienfach genutzt werden kann. Auch die Begabtenförderung haben CDU und CSU ausgebaut.</p> <p>Mit einer Quote von 39,3 Prozent gab es noch nie mehr Studienanfänger in Deutschland als 2008. Bund und Länder haben beim Bildungsgipfel vereinbart, die Studienanfängerquote im Bundesdurchschnitt auf 40 Prozent eines Jahrgangs zu erhöhen. Dies wollen CDU und CSU umsetzen.</p> <p>Gleichzeitig wollen wir mehr Menschen mit beruflicher Qualifizierung den Zugang zu den Hochschulen ermöglichen. 2008 haben wir dafür auch Aufstiegsstipendien eingeführt.</p> <p>Die Bildungsrepublik braucht darüber hinaus nachhaltige und innovative Finanzierungsmöglichkeiten, die allen offen stehen. Neue Studienfinanzierungsmodelle sollen die Handlungsfähigkeit der Hochschulen stärken und</p>	<p>Bildung darf nicht wieder allein vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die SPD steht für Gebührenfreiheit in der Bildung von der Kindertagesstätte bis zum Master-Abschluss an der Hochschule. Studiengebühren auf das Erststudium lehnen wir ab. Außerdem ist klar, dass die Verbesserung von Chancengleichheit in der Bildung nicht erst am Übergang von der allgemein bildenden Schule an die Hochschulen ansetzen kann. Die SPD setzt auf frühe individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen, auf mehr Durchlässigkeit und bessere Aufstiegsmöglichkeiten bereits in der vorschulischen und schulischen Bildung. Wir wollen jedes Kind nach besten Kräften individuell fördern - und zwar so früh wie möglich. Deshalb werden wir die vorschulischen Betreuungsangebote weiter ausbauen und qualitativ stärken. Die soziale Selektivität des Schulsystems muss überwunden werden. Wir</p>	<p>und die Finanzierungsberatung für Studierende professionalisiert wird.</p> <p>Die FDP wird den Aufbau eines Stipendiensystems auf international üblichem Niveau unterstützen. Derzeit werden lediglich rund zwei Prozent der Studierenden durch ein Stipendium gefördert. Ziel ist es, diesen Anteil auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Ein von Bund und Ländern gemeinsam finanziertes Anreizsystem soll die Einwerbung privater Mittel zur Einrichtung von Stipendien durch die Hochschulen begünstigen. Die Stipendien sollen in Höhe von 300 Euro im Monat unbürokratisch, unabhängig vom Verdienst der Eltern und allein nach dem Kriterium der fachlichen Leistung vergeben werden. Die Kopplung der Einkommensgrenzen an die Einkommensgrenzen des BAFöG entfällt.</p> <p>Die FDP hat die jüngste BAFöG-Novelle mitgetragen und damit einen Beitrag zur Auf-</p>		<p>sind als Vollzuschüsse gestaltet.</p>
---	--	---	--	--

<p>sicherstellen, dass niemand allein auf Grund seiner wirtschaftlichen Lage von einem Hochschulstudium abgehalten wird.</p>	<p>wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Ganztagsschulangebote bieten mehr Zeit und Raum für die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler bieten. Die SPD will das Ganztagsschulangebot daher bundesweit flächendeckend ausbauen.</p>	<p>stockung der Fördermittel geleistet. Wir vertreten die Auffassung, dass jedem Studierenden die Möglichkeit einer elternunabhängigen Förderung durch günstige Studiendarlehen eröffnet werden muss. BAföG-Bezieher sollen wie bisher die Kredite zu vergünstigten Konditionen erhalten. Die BAföG-Förderung ist jedoch mit den weiteren Kreditprogrammen zur Finanzierung von Studienbeiträgen und Lebenshaltungskosten zusammenzuführen. Eine solche Finanzierung aus einem Guss würde den vielen Studierenden, die bislang keinen Anspruch auf BAföG haben das Studium erleichtern.</p>		
--	---	---	--	--

Wollen Sie das Stipendiensystem ausbauen?

CDU / CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
(Antwort siehe vorstehend)	Neben dem BAföG sind Stipendien für viele Studierende eine wichtige Grundlage zur Finanzierung ihres Studiums. Die wichtigsten Stipendien-	(Antwort siehe vorstehend)	Nein, DIE LINKE will das BAföG stärken, das Studierende aus einkommensschwachen Familien unterstützt statt ein Stipendiensystem auszu-	Die öffentlichen Mittel müssen gezielt zur Förderung von Studierenden aus einkommensarmen und bildungsfernen Schichten genutzt wer-

	<p>geber sind bislang die zahlreichen Begabtenförderwerke. Neben der Studienstiftung des deutschen Volkes gehören dazu u.a. die politischen Stiftungen (z. B. Friedrich-Ebert-Stiftung) und die Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hans-Böckler-Stiftung). In der Großen Koalition haben wir den Ausbau der Begabtenförderung vereinbart und uns das Ziel gesetzt, die Förderquote bis 2009 auf etwa ein Prozent jedes Altersjahrgangs zu steigern. So haben wir die Zuschüsse an die Begabtenförderwerke zur Förderung von Studierenden von 80,5 Millionen Euro in 2005 auf 132,3 Millionen Euro in 2009 erhöht und so das Stipendienangebot deutlich erweitert. In der Diskussion um ein „nationales Stipendienprogramm“ verschweigen Union wie FDP, worum es ihnen eigentlich geht – nämlich eine Komplettumstellung der Studienfinanzierung auf Stipendien und Kre-</p>		<p>bauen, das nur eine Minderheit von Studierenden - in der Regel die Wohlhabenden - fördert.</p>	<p>den. Darüber hinaus muss die Wirtschaft endlich mehr Stipendien anbieten. Dies sollte sie allerdings ohne Kofinanzierung der öffentlichen Hand leisten.</p>
--	--	--	---	--

	<p>dite und die Abschaffung des BAföG. Für die SPD ist klar: Der Kampf um gleiche Chancen beim Hochschulzugang muss in der hochschulpolitischen Prioritätenliste ganz oben stehen. Daher muss Bildung gebührenfrei sein – von der Kita bis zum Master-Abschluss. Und diejenigen, die sich gute Bildung aus eigenen Mitteln nicht leisten können, müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat sie unterstützt. Union und FDP begeben sich auf einen Irrweg. Nicht das BAföG, sondern die Studiengebühren gehören abgeschafft. Das BAföG muss gestärkt und ausgebaut werden. Es ist ein unverzichtbares Instrument, um soziale Hürden beim Hochschulzugang zu überwinden und Chancengleichheit zu verbessern. Nur das BAföG gibt jungen Menschen aus sozial schwächeren Familien einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf öffentliche Unterstützung im Studium – und damit Ver-</p>			
--	--	--	--	--

	lässlichkeit auf Förderung statt Abhängigkeit von Ermessensentscheidungen. Deswegen können Stipendien immer nur Ergänzung, nie aber alleiniger Ersatz für das BAföG sein.			
--	---	--	--	--

Wollen Sie das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ändern?

CDU / CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE
(Antwort siehe vorstehend)	Das Regierungsprogramm der SPD sieht wesentliche Weiterentwicklungsziele für das BAföG vor, etwa die Erweiterung des Schüler-BAföG, die Einbeziehung von Teilzeitstudien und die Erhöhung der Altersgrenze für Master-Studiengänge.	(Antwort siehe vorstehend)	Ja, DIE LINKE will das BAföG an die wirklichen Lebenshaltungskosten anpassen und wieder auf einen Vollzuschuss ohne Verschuldung umstellen. Das BAföG soll zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Studierende werden, die schrittweise auch elternunabhängig, also allen Studierenden zur Verfügung stehen soll.	Ja. Siehe oben.